

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EUROPAS «WEICHER UNTERLEIB»

Noch vor zwei, drei Jahren galt das südliche Europa als ein Hort reaktionärer Regimes: Militärdiktatur in Griechenland, faschistische Machthaber in Spanien und Portugal, drohender Rechtstextremismus in Italien. Innerhalb kurzer Zeit hat sich diese Szene grundlegend gewandelt. Neue Kräfte sind auf den Plan getreten und bestimmen das politische Spektrum dieser Länder. Lediglich in Spanien scheint noch alles beim alten; aber auch hier sind hinter den Kulissen Anzeichen einer steigenden Unrast spürbar, die sich ohne Zweifel verschärfen wird, wenn einmal ein Wechsel in der Staatsführung erfolgt.

Zeichnen sich im Süden des Kontinentes Umriss einer neuen politischen Entwicklung ab, die – auch auf andere Staaten übergreifend – das Bild Europas in den kommenden Jahren bestimmen wird? Werden die alten Formen aufgeweicht, erleben wir eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur oft beschworenen «Finnlandisierung»?

Die Antworten sind im Augenblick nicht leicht zu geben, vor allem nicht für jene beiden Länder, in denen die Schwerpunkte der Gewichtsverschiebungen sichtbar geworden sind, in Italien und Portugal. Die Ziele der *Lissabonner Militärjunta* erscheinen verschwommen; die Durchschlagskraft der einzelnen Strömungen im Movimento das Forças Armadas (MFA) ist schwer abzuschätzen. Bekenntnis zu Pluralismus und Demokratie westlicher Prä-

gung gehört ebenso zur Terminologie der die Macht ausübenden jungen portugiesischen Offiziere wie Anrufung eines «revolutionären Sozialismus». Der Versuch, nach über fünfzig Jahren der Diktatur zunächst in beinahe pädagogischer Art Politik zu machen und vor der Erreichung der Volksherrschaft eine Phase der Volkserziehung einzuschalten, erscheint jedenfalls bemerkenswert.

Dieser eigene Weg, den Portugal seit dem Umsturz vom 25. April 1974 eingeschlagen hat, ist freilich nicht ohne Gefahren. Der Drang zum Radikalismus bleibt latent. Die totalitären Strukturen, die das Regime Salazars und Caetanos den neuen Herrschern hinterlassen hat, bilden den Anreiz zu neuen autoritären Experimenten. Dass diese unter den obwaltenden Umständen unter starkem Linksdrall stehen würden, ist offensichtlich.

Auch der Weg, den *Italien* heute sucht, steht im Zeichen ähnlicher Bedrohungen. Die Gemeindewahlen von Mitte Juni haben erstmals Democrazia cristiana und Kommunisten als gleich starke politische Gruppierungen erscheinen lassen. Sind damit die Voraussetzungen für den «compromesso storico» geschaffen? Italiens Kommunisten agieren zurückhaltend und vorsichtig. Sie betonen ihre eigene und unabhängige Stellung. Sie möchten sich einerseits nicht vorzeitig in der Verantwortung mit einer in den langen Jahren der Machtausübung zerschlissenen

Christdemokratischen Partei teilen. Andererseits betonen sie die Entschlossenheit, einen von Moskaus Einwirkungen freien Kurs zu steuern.

Hier aber kommt das grosse Fragezeichen. Niemand zweifelt, dass die Bewegungsfreiheit der Kommunistischen Parteien heute ungleich grösser ist als früher. Aber noch immer lastet das Gewicht der Sowjetunion unverändert schwer auf Europa, trotz «Entspannung» und Sicherheitskonferenz. Sollte es etwa zu politischen Veränderungen in Jugoslawien kommen, so würde die

sowjetische Macht in unmittelbarer Nähe Italiens stehen. Dann bekäme der «compromesso storico» wohl rasch ein anderes Gesicht. Rückwirkungen auf die Nachbarländer wie auf die iberische Halbinsel wären fast unvermeidlich. Unter solchen Aspekten ist die Tragweite politischer Umwälzungen in Südeuropa nur schwer abzuwägen. Sie könnten im Extremfall zum Anfang einer allmählichen Umschichtung des Kräftegewichtes auf dem ganzen Kontinent werden.

Alfred Cattani

VOM SCHWURVERBAND ZUM SUBVENTIONSVERBUND ?

Politik ist bekanntlich eine Kunst – jedenfalls nach der Meinung Bismarcks, der es ja wissen musste. Davon mag es auch herrühren, dass die Sprache der Politik nicht immer von letzter Transparenz ist, sondern vielfach im Vieldeutig-Nebulösen stecken bleibt. Sie liebt Chiffren und Begriffe, die nicht immer und überall das gleiche meinen, und schafft so, wenigstens verbal, Kommunikation auch dort, wo diese eigentlich nicht vorhanden ist. Freiheit und Demokratie sind solche Begriffe, um nur zwei zu nennen, deren Spannungsreich in Ost und West besonders spektakulär zutage tritt.

Ein weiteres eindrückliches Beispiel ist jenes Wort, das in diesen Tagen rund um die schweizerische Nationalfeier hierzulande in aller Munde oder doch wenigstens in aller Ohren ist: «der Bund». Hier scheint die innere Diskrepanz besonders gross zu sein, weil das Wort ein und denselben politischen Sachverhalt in völlig verschiedener Optik benennt: den schweizerischen Staat.

Da ist zunächst die Idee des Bundes als zentraler Staatsgedanke. Im Bundesbrief von 1291 steht: «Es ist ein ehrbar Werk und dient gemeinem Nutzen, die Bünde, so die Ruhe und den Frieden fördern, zu erhalten und zu festigen, wie es sich geziemt.» Gestaltende Kraft des Bundes war jener Wille zur Unabhängigkeit, den Meinrad Inglin in seinem Werk «Jugend eines Volkes» in grossartiger Schlichtheit formuliert hat, indem er Stauffacher zu Gessler sagen lässt: «Dass wir frei sein müssen, das ist so in uns, wir können's nicht ändern, wie es in Euch sein mag, dass Ihr dienen oder herrschen müsst.» – Das ist der Bund, wie er als Staatsidee nach wie vor am 1. August gefeiert wird.

In der eidgenössischen Werktagssprache aber ist «der Bund» etwas ganz anderes. Er verkörpert im günstigeren Fall den Staat als notwendiges funktionelles Gefüge für öffentliche Dienstleistungen, als Infrastruktur für den föderalistischen Finanzverbund oder als Zweckverband für die Ga-

rantie der demokratisch-freiheitlichen Rechtsgüter. Im ungünstigeren Fall ist er das Symbol für jene überbordende Amtsgewalt, die in der Sage von unserer Bundesgründung von Figuren wie Gessler verkörpert wird. Es hat in den letzten Jahren nicht an prominenten Politikern und Meinungsmachern gefehlt, die im Zeichen der erhobenen Faust gegen «die da oben» in Bern ihre politischen Geschäfte betrieben und teilweise auch erfolgreich abgeschlossen haben.

In jedem Falle aber besteht offenbar eine Art von Identifikationslücke: Man ist zwar nach wie vor angetan von unserer Staatsidee und bleibt darum zum Beispiel auch weiterhin überzeugter Anhänger des föderalistischen Systems. Man ist aber kaum noch bereit, sich mit der nüchternen Alltagswirklichkeit dieses Bundesstaats zu identifizieren. Man unterstellt dem «Bund» im Extremfall, ein Staat zu sein, dessen Wesen im Sinne eines Wortes von Heinrich von Treitschke «zum ersten Macht, zum zweiten Macht und zum dritten nochmals Macht» sei. Oder aber man nimmt zumindest ironisch unter Spielte Distanz von einem Gemeinwesen, dem man vorwirft, dass es sich aus dem eidgenössischen «Schwurverband» zum blossen «Subventionsverband» als Ausfluss eines handfesten politischen «Interessenausgleichs» durchgemausert habe.

Das ist offenbar eine Problematik, mit welcher der demokratische Dienst-

leistungsstaat der industriellen Gesellschaft in Permanenz leben muss. Doch ist es ein Unterschied, ob man diese Problematik sozusagen wild wuchern lasse oder ob man sie zu zügeln versuche. Unserer historischen Tradition und unserem politischen Stil entspräche doch wohl allein das Letztere. Das ist eine gesamtpolitische Aufgabe. Es ist aber auch eine spezielle «Bundes»-Aufgabe in dem Sinne, dass man diesen staatspolitischen Grundbegriff auch im Alltag wieder ernster nimmt – nicht in der Art patriotischer Gesundheitsbeterei, sondern ganz konkret in der politischen Struktur- und Organisationsarbeit.

Seit Jahr und Tag ist allgemein bekannt, dass die vielzitierte Leistungs- und Koordinationskrise unseres Bundesstaates ganz wesentlich mit der schief gewordenen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zusammenhängt. Seit Jahr und Tag sind auch Expertenkommissionen mit entsprechenden Aufträgen am Werke. Doch irgendwie glaubt niemand so recht an den Erfolg der Anstrengungen. Die «Macht des Faktischen» droht den Elan immer aufs neue zu ersticken. Es wäre an der Zeit, um mit dieser Aufgabe endgültig ernst zu machen – im Zeichen des Schlüsselwortes unserer politischen Nation, des «Bundes» in all seinen idealen und realen Ausprägungen.

Richard Reich

SCHWEIZ – KÜNFTIGES ERDÖLLAND?

Die Zeit der Geschäftsabschlüsse neigt sich dem Ende entgegen. Sie hat wenig

Aufregendes und nicht viel Ermutigendes gebracht. Die Generalversamm-

lungsreferate waren vorwiegend auf Moll gestimmt; einzelne Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel.

Es gibt indessen in der helvetischen Unternehmerlandschaft Gesellschaften, die, kaum beachtet, im grossen Strom der Ereignisse mitschwimmen, obwohl sie eine wesentlich breitere Beachtung verdienen würden. Sie sind nur «einigen Spezialisten» bekannt. Zu ihnen gehört die *Swisspetrol*. Wer weiss schon, was die *Swisspetrol* ist? Tatsächlich hat sie lange Zeit ein unternehmerisches Mau-erblümchendasein gefristet. Nun allerdings wird sie «plötzlich» mit ihrer Zielsetzung, den schweizerischen Untergrund vom Bodensee bis zum Genfersee und vom Jura bis in den Südtessin nach Erdgas- und Erdölvorkommen abzusuchen, vom Strahlenglanz des nationalen Interesses beschienen. Die Erdölkrise hat eine geradezu dramatische Rechtfertigung der hinter der *Swisspetrol* stehenden unternehmerischen Leistung zustandegebracht.

Ursprünglich war die *Swisspetrol* ein Kind der Suezkrise. In den sechziger Jahren allerdings, als Erdöl in Hülle und Fülle und erst noch zu tiefen Preisen verfügbar war, ging von der *Swisspetrol* für eine breitere Öffentlichkeit keine grosse Attraktivität aus. Nunmehr aber erfüllt sie eine Aufgabe, die für die energiepolitische Stellung unseres Landes von ganz entscheidender Bedeutung werden könnte. Die Untersuchungen während der sechziger Jahre haben bestätigt, dass im schweizerischen Untergrund erdölführende Schichten vorhanden sind. Die Chancen der *Swisspetrol* sind deshalb durchaus intakt. Dr. Max Schmidheiny, Verwaltungsratspräsident der *Swisspetrol*, wies anlässlich der letzten Generalversammlung auf das Beispiel der Niederlande

hin, die sich innerhalb relativ kurzer Zeit in Europa zu einem bedeutenden Erdgasproduzenten entwickelt haben.

Die Schweiz wird kaum je eine Erdölmacht «klassischen Stils» werden. Aber bereits kleinere oder mittelgrosse Funde könnten in einer Zeit, in der sich die Energiepolitik zu einer vorrangigen nationalen Aufgabe entwickelt hat, als äusserst wertvoll, ja für einen Industriestaat, der über keine grossen Verbraucherelastizitäten im Energiekonsum verfügt, als geradezu entscheidend erweisen. In diesem Sinne hat sich die *Swisspetrol* ins Zentrum einer wichtigen Aufgabe geschoben, die auch dann nicht wertlos ist, wenn es sich wider Erwarten herausstellen sollte, dass die Schweiz doch über keine ausbeutbaren Lager verfügt. Die Information darüber, wie der schweizerische Untergrund beschaffen ist, muss für die Energiepolitik in jedem Falle von einigem Gewicht sein.

Die *Swisspetrol* ist ein glänzendes Beispiel schweizerischer Unternehmertätigkeit und Risikobereitschaft. Sie demonstriert auch, wie mit relativ wenig Eigenmitteln grosse Wirkung erzielt werden kann, denn die *Swisspetrol* hat es zustandegebracht, die finanzielle und technische Hilfe potenter ausländischer Partner zu gewinnen – auch dies ein Zeichen positiver Erwartungen. Im Falle, dass Erdöl oder Erdgas in ausbeutbaren Mengen gefunden werden sollte, behält jedoch der schweizerische Partner die Mehrheit der Ausbeutungsgesellschaften und damit auch das Verfügungsrecht über die geförderten Rohstoffmengen. Auf diese Weise ist ein 130 - Millionen - Franken - Forschungsprojekt zustande gekommen, das in den helvetischen Breitengraden wohl einmalig sein dürfte.

Willy Linder